

Wahlprüfsteine des OKV

I. **Leben in Sicherheit und Wohlstand braucht Frieden. Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für**

• **eine Unterbindung von Auslands- und Kriegseinsätzen der Bundeswehr?**

Ja, die Kriege, die jetzt geführt werden, zu beenden und einen großen Krieg zu vermeiden ist die wichtigste Aufgabe der Demokraten im Land. Dieses Land wird von keiner Macht bedroht. Deutschland ist im Ergebnis der Konterrevolution seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 in permanentem Kriegseinsatz. Die Bundeswehr muss drastisch reduziert und schließlich abgeschafft werden.

Die DKP fordert den sofortigen Abzug aller Soldaten aus dem Ausland, unabhängig davon ob es sich um Kriegseinsätze oder Missionen mit humanitärem Deckmantel handelt. Der Ausbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee verstößt gegen das Grundgesetz und den 2plus4-Vertrag. Im Sofortprogramm der DKP heißt es:

- alle Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist (Afghanistan, Syrien, Mali) werden sofort beendet.
- auch alle übrigen Auslandseinsätze der Bundeswehr werden gestoppt.

• **eine spürbare Reduzierung der Produktion und des Exports von Waffen und für eine strikte Unterbindung des Waffenexports in Krisenregionen?**

Ja, die DKP fordert in ihrem Sofortprogramm das Verbot des Exports von Waffen und Rüstungsgütern aller Art. Das gilt sowohl für Krisenregionen als auch für den Export in NATO-Staaten oder so genannte befreundete Länder.

Die Rüstungsindustrie verkaufte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,8 Milliarden Euro ins Ausland. Waffenexporte bringen Extraprofite in die Kassen von Banken und Konzernen und Tod und Zerstörung in fremde Länder. Sie gehören zu den Fluchtverursachern.

In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell 37 Milliarden Euro. Kriegsministerin Ursula von der Leyen will in den kommenden 13 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die Modernisierung der Bundeswehr ausgeben. Dieses Geld brauchen wir für die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Bau von Wohnungen, für unser Bildungs- und Gesundheitssystem.

• **eine weltweite Ächtung aller Atomwaffen und den Abzug der US- amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland?**

Ja. Im Juli haben sich erneut 122 UN-Mitglieder für ein Abkommen zum Verbot von Atomwaffen im UN-Sicherheitsrat ausgesprochen. Deutschland war nicht dabei. Wir verurteilen den neuerlichen Boykott der neun bekannten Atommächte, darunter die fünf UN-Vetomächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich, und der meisten NATO-Staaten, darunter Deutschland.

Wir fordern alle Atomwaffenstaaten, in erster Linie die USA, auf, den Forderungen des Atomwaffensperrvertrages nachzukommen und die Vernichtung des eigenen Atomwaffenarsenals einzuleiten. Allein eine umfassende Abrüstungspolitik der

Atomwaffenmächte kann die Weiterverbreitung dieser Massenvernichtungswaffen verhindern.

Gemeinsam mit 85 Prozent der Bevölkerung fordern wir: US-Atomwaffen raus aus Deutschland. Die DKP hat sich in den letzten beiden Jahren im Rahmen der Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ an den Aktionswochen vor dem Fliegerhorst in Büchel beteiligt, wo 20 US-Atombomben eingelagert sind, die im Kriegsfall von Bundeswehrpiloten abgeworfen werden. Ihre Modernisierung zeigt, dass es hier nicht nur um Lagerung geht, sondern sie einsatzbereit sein sollen. Erfolgreich haben wir und andere Gruppen den reibungslosen Ablauf auf dem Fliegerhorst durch Aktionen des zivilen Ungehorsams gestört.

- **eine Unterstützung der Aktivitäten der Friedensbewegung zur Schließung des Kommandoentrums der US-amerikanischen Armee zur Drohnen-Kriegsführung in Ramstein?**

Ja, die DKP fordert neben dem Abzug der US-Atombomben vom Fliegerhorst Büchel, die Schließung der US-Airbase Ramstein und der anderen US-Kommandozentralen wie AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Wir begrüßen die Kampagne Stopp Airbase Ramstein und haben unsere Mitglieder zur Teilnahme an den Aktivitäten aufgerufen. Wir gratulieren den Organisatoren zum Zulauf und der Verbreiterung des Protests.

- **eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa und weisen Sie deshalb die russlandfeindlichen Maßnahmen der NATO, wie die Entsendung deutscher Truppen an die Grenzen Russlands, zurück?**

Ja, die DKP fordert das Ende der Konfrontation und stattdessen Frieden und Zusammenarbeit mit Russland. Wir fordern den NATO- und Bundeswehrtruppenabzug aus Osteuropa.

Über deutsches Territorium wurde in diesem Jahr der beispiellose NATO-Aufmarsch in Osteuropa abgewickelt, an dem die Bundeswehr selbst mit 500 Soldaten beteiligt ist. Die Einkreisungspolitik der NATO gegen Russland und China ist brandgefährlich. Wer für Frieden und Entspannungspolitik gegenüber Russland wirbt, muss konsequenterweise fordern: Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!

- **einen Rückzug der BRD aus der NATO und Aktivitäten zur Auflösung der NATO?**

Ja, die meisten Kriegseinsätze Deutschlands werden im Rahmen der NATO geplant und geführt. Von der NATO geht die größte Gefahr für den Weltfrieden aus. Deutschland muss deshalb aus dem Kriegs- und Aggressionsbündnis so bald wie möglich austreten.

Die nukleare Teilhabe Deutschlands ist ein zentraler Hebel, die militärische Potenz Deutschlands zu erhöhen und gleichzeitig die Aufrüstung der Bundeswehr voranzutreiben. Die Grundlage dafür bildet die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Deshalb sagen wir Kommunisten: NATO raus aus Deutschland – Deutschland raus der NATO!

II. Soziale Gerechtigkeit und Schutz vor Armut
Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

• spürbare Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation vor allem der unteren Schichten in der BRD? Unterstützen Sie alle Maßnahmen, um die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen?

Ja, wir unterstützen all diese Maßnahmen. In unserem Sofortprogramm fordern wir unter anderem die Einführung einer Millionärssteuer, die sofortige Kürzung der Rüstungsausgaben um 20 Prozent, sowie den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr. Mit diesen Mittel ist die Agenda 2010 rückabzuwickeln, sind Arbeitsplätze im Gesundheitswesen, an Schulen und in Jugendzentren zu schaffen.

• die Durchsetzung des Menschenrechts auf Arbeit, Bildung und Wohnung und ein Verbot der Spekulation mit Grund und Boden sowie Immobilien?

Ja, wir fordern das Verbot des Verkaufs öffentlicher Grundstücke, den sofortigen Neubau von 1.000.000 Sozialwohnungen in öffentlicher Hand, den Aufbau einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und eine bundesweite Zweckentfremdungsverordnung. Das Menschenrecht auf Arbeit, kostenfreie Bildung und bezahlbaren Wohnraum muss im Grundgesetz verankert werden.

• die Unterbindung einer weiteren Privatisierung lebenswichtiger Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Rückgängigmachung von bereits vollzogener Privatisierung?

Ja, wir sind für das Verbot von Privatisierung von öffentlichem Eigentum im Bereich der Daseinsvorsorge. Dies umfasst für uns unter anderem Wohnraum, Versorgung mit Wasser, Heizung und Energie, Kommunikation, Post und Fernmeldewesen, die Entsorgung, aber aber auch Bildung von der Kindergrippe bis zur Uni und das Gesundheitswesen sowie öffentliche Dienstleistungen. Bei der Rückgängigmachung ist darauf zu achten, dass es zu keiner „Filetierung“ kommt, bei der die Konzerne die lohnenden Bereiche behalten und die kostenintensiven Bereiche „zurückgeben“. In der Regel muss sie entschädigungslos zu erfolgen, da die privaten Eigentümer sich ohnehin schon eine goldenen Nase verdient haben.

• die Beseitigung der Ursachen in der Welt, die Menschen zur Flucht zwingen?

Ja, das heißt für uns vor allem: Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verbot von Rüstungsexporten, raus aus der NATO, denn Kriege sind die Hauptursachen der Flucht. Wenn wir Kriege, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und der sozialen Perspektive, dauerhaft beseitigen wollen, werden wir den Kapitalismus/Imperialismus überwinden müssen. Das ist unser Programm.

• eine Unterbindung aller Maßnahmen der EU, die Länder des Südens im Interesse des Finanzkapitals auszubluten?

Ja, das wollen wir. Wir sagen aber auch, dass genau das ein wesentlicher Zweck der EU ist. Sie ist ein imperialistisches Konstrukt, dass nach außen und innen der Ausblutung schwächerer Ökonomien, der Abschottung im Interesse der führenden imperialistischen Länder der EU (Deutschland, Frankreich) dient. Wir sagen diese EU muss überwunden werden.

• die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen für die zu uns kommenden Flüchtlinge und die Unterbindung der Abschiebung von Asylsuchenden in

Krisengebiete?

Wir sind für eine umfassende Wiederherstellung des Asylrechts, das faktisch abgeschafft wurde. Wir treten der Diskriminierung von Geflüchteten, denen der Imperialismus die soziale Perspektive genommen hat, als „Wirtschaftsflüchtlinge“ entgegen. Wir bekämpfen die Spaltung der Geflüchteten in „Gute“, weil dem deutschen Kapital nützliche und „Schlechte“, weil weniger verwertbar. Wir bekämpfen aber auch die Instrumentalisierung der Geflüchteten für die Erhöhung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten, u.a. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Unsere Willkommenskultur heißt: „Gemeinsam kämpfen!“

III. Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West. Setzen Sie sich in dem zu wählenden Bundestag ein für

- **wirksame Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Annäherung von Ost- an Westdeutschland und damit der Aufhebung der Diskriminierung der ostdeutschen Bevölkerung bei berechtigten Lohn- und Rentenansprüchen?**

Ja, die DKP sieht die Notwendigkeit ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung Ostdeutschlands zu legen. Durch die Entindustrialisierung des Gebietes der DDR nach 1990, den Ausverkauf des früheren Volkseigentums und der daraus – in Teilen bis heute anhaltenden – erfolgten Abwanderung der Werktätigen nach Westdeutschland, ist eine fortdauernde soziale und ökonomische Diskriminierung der Bevölkerung entstanden. Bis heute gibt es nur wenige Regionen in denen Wachstum und Entwicklung zu verzeichnen sind.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit Ostdeutschland als Region mit gesonderten Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung zu versehen. Dies kann die gezielte Ansiedlung sogenannter Zukunftsindustrien, gestützt durch die gezielte Ansiedlung von Forschungseinrichtungen sein.

Ein erster Schritt zur Angleichung ist aber die Angleichung der Löhne in Ost und West. Hierzu können gesetzliche Regelungen zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Herstellung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durch gesetzliche Maßnahmen flankierend wirken.

- **ein Ende der Diffamierung der DDR als Unrechts- und Pleitenstaat und damit gegen die Diffamierung der Lebensleistung von Millionen ostdeutschen Bürgern?**

Die DKP hat ein völlig anderes Bild und Verständnis vom ersten deutschen Arbeiterstaat. Er ist die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse.

Warum wird die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet? Um davon abzulenken, dass die Ursachen von Faschismus und Krieg durch die Enteignung der Banken und Konzerne beseitigt wurden oder die Nazi-Ideologie konsequent bekämpft wurde.

Vor dem Hintergrund der sozialen Wirkungen des Klassenstaates BRD muss aus Sicht der Bourgeoisie davon abgelenkt werden, dass es ein Recht auf Arbeit gab, der Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle auf hohem Niveau gewährleistet

wurde oder es bezahlbaren Wohnraum gab und keine Obdachlosigkeit. Ein Sozialraub durch die so genannten Hartz–Reformen wie unter der SPD/Grünen-Koalition wären in der DDR undenkbar gewesen.

Die Legende vom Pleitenstaat ist durch die historische Forschung eigentlich längst ad acta gelegt – bspw. durch die Abschlussbilanz der Bundesbank zur DDR. Im Verhältnis zur BRD und anderen westlichen Industriestaaten war die DDR bspw. kaum verschuldet. All dies macht deutlich, dass die Legendenbildung und Diffamierung interessengeleitet ist. Dem müssen wir uns widersetzen. Gelingt uns dies wird offensichtlich, dass die Probleme der Menschheit nur durch einen sozialistischen Weg gelöst werden können.

- **die Aufhebung des Rentenunrechts und damit für eine schnelle Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West mit sofortiger Wirkung?**

Ja, die DKP ist für die sofortige Angleichung der Renten in Ost und West. Es muss aber auch ein Ausgleich der durch das Lohngefälle nach der Angliederung der DDR an die BRD verursachten niedrigen Rentenbeiträge gewährleistet werden, um zukünftiger Armut entgegenzuwirken.

Eine Aufhebung der Ungerechtigkeit wäre die zur DDR-Zeit erarbeiteten Ansprüche in einzelnen Berufsgruppen in voller Höhe nachträglich zu berücksichtigen. Das trifft für viele Berufsgruppen zu. So z. B. für die Bergarbeiter, denen die Anerkennung ihrer in der DDR erworbenen Sonderrente verwehrt wurden oder für hunderttausende ehemalige Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn denen bis heute die Rentenansprüche aus der Altersversorgung der Deutschen Reichsbahn (AVDR) verweigert werden.

Auch andere Rentenregelungen wie beispielsweise die in der DDR zuerkannten Leibrenten als Folge einer im Dienst der NVA erlittenen Verletzung wurden ersatzlos gestrichen, weil sie im bundesdeutschen Recht keine adäquate Entsprechung hatten. Wir schließen uns daher den Untersuchungen und Forderungen des OKV an und werden dies zur Grundlage unseres Einsatzes für gerechte Renten in Ost und West machen.

- **eine Aufhebung der menschenrechtsverletzenden Strafrenten gegen Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane und damit für die Aufhebung der grundgesetzwidrigen Nutzung des Sozialrechts als Strafrecht?**

Die Strafrenten sind nichts anderes als Rachejustiz der Bourgeoisie gegen die Verantwortungsträger der DDR und ihrer Sicherheitsorgane. Sie sollen dafür bestraft werden, weil sie der Jagd nach Profit und der Ausbeutung der Werktätigen Schranken gesetzt haben. Auch in Westdeutschland wären viele Maßnahmen der sozialen Sicherung ohne die Existenz der DDR nicht möglich gewesen, da die herrschende Klasse zu Kompromissen gezwungen war. Die Strafrenten sind sofort zu beenden und nachträglich auszugleichen.